

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

13.5.1931 (No. 111)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Erpeditoren:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Polizeianzeige:  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Kneub,  
Karlsruhe

Wesungpreis: Monatlich 2,25 RM, einschließlich Postgebühren: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und vermerkt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstaltliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, gleichzeitiger Beitragszahlung und Kontowahlverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Präsidentenwahl in Frankreich

**Briand oder Doumer**  
Die französische Nationalversammlung, beide Häuser des Parlaments, Kammer und Senat, treten heute, Mittwoch, nachmittags um 2 Uhr in Versailles zur Wahl des neuen Präsidenten der Republik zusammen. Der Kongresssaal, in dem die Wahl stattfindet, diente von 1871 bis 1879 zur Tagung der Nationalversammlung und später auch noch viele Jahre dem französischen Senat. Er wird jetzt nur noch für die Wahl des Präsidenten der Republik benutzt und für den Fall, daß eine Änderung der Verfassung notwendig wird. Die Sitzung wird vom Senatspräsidenten Paul Doumer, der selbst kandidiert, eröffnet. Zunächst werden die Stimmzettelprüfer ausgelost. Hierauf überbringt man dem Präsidenten ein Wörterbuch, in das er, ohne es anzusehen, ein Reisezeichen legt. Er öffnet es dann, um zu bestimmen, bei welchem Buchstaben der Namensaufruf beginnt. Sofort beginnt der Schriftführer, die einzelnen Abgeordneten und Senatoren nach alphabetischer Ordnung aufzurufen, und jeder einzelne steigt auf die Rednertribüne, um dort einen Stimmzettel in die Urne niederzulegen. Der eigentliche Wahlakt dauert etwa 2 Stunden, und die Auszählung etwa 30 Minuten, so daß also das Ergebnis der Wahl gegen 17 Uhr verkündet werden wird. Ist ein zweiter Wahlgang notwendig, so kann man mit dessen Ergebnis kaum vor 20.30 Uhr rechnen, und bei einem eventuellen dritten Wahlgang nicht vor halb 1 Uhr nachts, da anzunehmen ist, daß vor Beginn dieses Wahlganges eine Dinerpause eingelegt werden wird. Sobald der neue Präsident der Republik proklamiert ist, werden ihm in einem besonderen Salon vom Vorsitzenden der Nationalversammlung, den Mitgliedern der Regierung, den Senatoren, den Abgeordneten usw. Glückwünsche überbracht. Begleitet vom Ministerpräsidenten begibt der neue Präsident sich hierauf im Auto nach Paris zurück, um seinem Vorgänger, Doumergue, einen Besuch abzustatten, der bekanntlich offiziell bis zum 13. Juni im Amte bleibt.

#### Vor der Wahl

W.B. Versailles, 13. Mai. (Tel.) Kurz nach 10 Uhr beginnt die Auffahrt der Parlamentarier zur Präsidentenwahl im Kongresssaal in Versailles. Als einer der ersten erscheint im Saale Senatspräsident Doumer mit den Quästoren des Senats und der Kammer, denen die Aufgabe zufällt, die Verhandlungen zu leiten. In den Wandelgängen in der Galerie des Hauses entwickelt sich bereits ein lebhafter Verkehr. Hunderte von Journalisten versuchen, von Senatoren und Deputierten Einblicke darüber zu erhalten, mit welchen Aussichten Briand in den Wahlgang geht. Voraussetzungen sind nicht möglich, da — wie man erklärt — der Abgeordnete und frühere Minister Sennesi jedenfalls seine Kandidatur aufrecht erhalten wird, und man nicht genau weiß, ob er mehr Paul Doumer oder Briand Abbruch tun wird. Die wenigen Stimmen, auf die er rechnen kann, werden vielleicht die Entscheidung im ersten Wahlgang bringen. Die ausländische Presse wird es schwer haben, ihre Aufgaben zu erfüllen; denn für die Hunderte von Journalisten steht eine Pressetribüne zur Verfügung, auf der knapp 20 Personen Platz finden. Im übrigen zeigt sich in Versailles das bekannte lebhafteste Bild. Vor allem fällt ein starkes Militärangebot für die Absperrung, die angeblich bis nach St. Cloud durchgeführt werden soll, auf.

#### Die Haltung der Sozialisten

W.B. Versailles, 13. Mai. (Tel.) Die sozialistischen Abgeordneten und Senatoren haben heute vormittag im Kongresssaal von Versailles eine kurze Sitzung abgehalten, nach deren Verlauf sie erklärten, daß sie keinen Beschluß gefaßt hätten, und kurz vor 2 Uhr nochmals zusammentreten würden, um über ihre Stellungnahme zu beschließen. Dieses Verhalten der Sozialisten wird in den Wandelgängen des Kongresssaales so gedeutet, daß sie keinen Anlaß zu Wandern der letzten Stunde geben wollen, und daß es als fast sicher anzunehmen ist, daß sämtliche sozialistischen Stimmen für Briand gezählt werden können. Wie verlautet, ist bei der Beratung der sozialistischen Fraktionen auch angeregt worden, daß die sozialistischen Parlamentarier im ersten Wahlgang aus prinzipiellen Erwägungen für den ältesten sozialistischen Abgeordneten Paul Constans als Kandidaten stimmen. Eine Entscheidung über diese Anregung ist in der Vormittagssitzung nicht gefallen.

W.B. Paris, 13. Mai. (Tel.) Die Morgenpresse ergeht sich, je nach ihrer Einstellung, in Prophezeiungen über das Ergebnis der Präsidentenwahl. Einmütig wird festgestellt, daß ein harter Kampf ausgefochten werde. So schreibt „Matin“: Beide Kandidaten sind starke Persönlichkeiten und kommen aus einer langen parlamentarischen Vergangenheit, die ihnen entschlossene Anhänger und treue Freunde im Parlament eingebracht hat, gewichtige Anrechte auf das Amt des Präsidenten herleitet. — Im „Echo de Paris“ fordern die rechtsstehenden Parlamentarier auf, gleich im ersten Wahlgang für den Präsidenten des Senats, Doumer, zu stimmen. — „Petit Parisien“ schreibt: Es handelt sich nicht um eine Schlacht, wie bei den meisten früheren Wahlen, sondern um einen großen Kampf zwischen zwei hochstehenden Persönlichkeiten, die in verschiedener Hinsicht das Mandat, das dem Sieger auf sieben Jahre anvertraut wird, gleich würdig sind. „Le Nouvelliste“ erklärt, man entscheide sich heute nicht mehr für Personen, sondern für oder gegen die Verlebenspolitik.

### Letzte Nachrichten

#### Das Reichskabinett und Genf

W.B. Berlin, 13. Mai. (Tel.) Das Reichskabinett brachte heute unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten seine Beratungen über die Genfer Tagung des Europa-Ausschusses und des Völkerbundesrates zum Abschluß. Über die von der deutschen Delegation in Genf eingenehmene Haltung ergab sich auf Grund der Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen völlige Einmütigkeit. Die Beratungen haben sich über mehrere Tage hingezogen, weil der Verhandlungsstoff diesmal recht umfangreich war und eine Reihe schwieriger Probleme umfaßte. Die deutsche Delegation reist heute nachmittag ab.

#### Mißerfolg des kommunistischen Volksbegehrens in Thüringen

W.B. Weimar, 13. Mai. (Tel.) Das von den Kommunisten eingeleitete Volksbegehren auf Auflösung des thüringischen Landtages hat keinen Erfolg gehabt. Wie der Landeswahlausschuss heute vormittag feststellte, wurden in den vier Wahlkreisen Thüringens insgesamt 45 275 Stimmen für das Volksbegehren abgegeben. Die Zahl der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl betrug über eine Million, das für das Volksbegehren erforderliche Fünftel der Stimmberechtigten ist also nicht erreicht und somit das Volksbegehren gescheitert.

#### Die Ereignisse in Spanien

Die Ruhe wieder hergestellt?  
W.B. Madrid, 13. Mai. (Tel.) (Agentur Fabra.) Nach Besprechungen mit den Verwaltern der Provinzen von Madrid, Barcelona und Bilbao beschloß der Finanzminister, die Wiedereröffnung dieser Provinzen auf nächsten Montag zu verschieben. In einer Mitteilung an die Presse erklärte der Minister, trotz der letzten Ereignisse hätten die Wertpapierbesitzer die Ruhe nicht verloren und die Banken arbeiteten in normaler Weise. Der Minister fügte hinzu, es seien Vorhaben geplant, um einen Ausrückgang der Wertpapiere herbeizuführen. Diese Maßnahme seien mit den Ereignissen der letzten Tage in Zusammenhang zu bringen. Der Generalkapitän von Madrid hat in der ganzen Stadt die Truppen besichtigt, die den Patrouillenbesuchen und die Straßen bewachen. Die Bevölkerung begrüßte ihn mit begeistertem Beifallssturm. Der Minister des Innern erklärte Pressevertretern, die Ruhe sei in allen Städten wieder hergestellt.

W.B. Granada, 13. Mai. Hier wurden noch weitere Häuser in Brand gesteckt. Der Belagerungszustand ist über die Stadt verhängt worden. In ganz Andalusien wird die Feindschaft gegen den Marsch von gewissen Elementen zur Anstiftung von Unruhen benutzt. In Cordoba erfolgten Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Aufständischen. Wie verlautet, sollen dort vier Personen getötet und etwa zehn verwundet worden sein, darunter einige schwer.

#### Bombenattentat in Indien

W.B. Lahore, 13. Mai. (Tel.) Wie aus Amampur gemeldet wird, ist dort eine Bombe explodiert, durch die der Generalsekretär des Kongresskomitees des Bezirkes Amampur getötet und ein Kongressmitglied schwerverletzt wurde. Die Polizei verhaftete ein Mitglied des Kongresses und nahm in den Diensträumen des Kongresskomitees von Gossipur eine Hausdurchsuchung vor.

Notverordnung erst im Juni. Es scheint nunmehr festzustehen, daß die neue Notverordnung des Reichspräsidenten, die die vom Reichskanzler in seiner Gloggenburger Rede angekündigten neuen großen Sparmaßnahmen enthalten soll, in den ersten Tagen des Monats Juni herauskommen wird. Die Notverordnung wird damit also erst nach der Abhaltung des sozialdemokratischen Parteitagess erlassen werden, der bekanntlich am 31. Mai beginnt.

Förderung von landwirtschaftlichen Meliorationen. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand eine Besprechung mit Vertretern der Landesregierungen und der zentralen Meliorationskreditinstitute statt über die Förderung von landwirtschaftlichen Meliorationen, die nach Ansicht der Brauns-Kommission zur Beschäftigung von Arbeitslosen oder für freiwilligen Arbeitsdienst besonders geeignet sind. Es soll zunächst zur Heranziehung von Meliorationskrediten von den vorhandenen Zinsverbilligungsmitteln verflächtigter Gebrauch gemacht werden.

#### „Graf Zeppelin“ über Berlin

W.B. Berlin, 13. Mai. (Tel.) „Graf Zeppelin“, der heute nacht 11.15 Uhr in Friedrichshafen unter Führung von Kapitän Behmann aufstieg, war, erschien heute früh gegen 8 Uhr über Berlin und führte einige Schleißenfahrten über der Reichshauptstadt aus. Das Schiff nahm dann Kurs nach dem Flugfeld Staaken. Das Luftschiff landete Punkt 7 Uhr in Staaken und machte nach einer Wandrazeit von 10 Minuten am Anfermst fest, um hier bis 14 Uhr zu verweilen. An Bord befanden sich 9 Passagiere.

### Sachliche, staatsbürgerliche Volksaufklärung

W.B. Die Notwendigkeit der sachlichen Aufklärung unseres Volkes über alle Lebensfragen unseres Vaterlandes wird immer mehr anerkannt. Die verantwortlichen Stellen in Reich und Land sind wohl in der Zuerfügungstellung der Mittel hierzu von der schwierigen Finanzlage abhängig; die Sache selbst aber darf nicht vernachlässigt, sondern muß immer intensiver betrieben werden. In einer Zeit der Radikalisierung der Massen durch unverantwortliche Propagandisten muß auch die sachliche Aufklärung lauter werden den je. Unsere Jugend insbesondere muß durch diese Aufklärungsarbeit erfaßt werden, steht sie doch im Alter von 20 Jahren mitten im Bereiche verantwortlicher staatspolitischer Tätigkeit. Die Ausübung des Wahlrechts setzt aber eine klare Urteilsbildung und diese ein bestimmtes Wissen voraus. Man wird zugeben müssen, daß hier eine schwierige Aufgabe zu bewältigen ist. Das Ziel muß sein: Staatsgefinnung zu schaffen und daraus hervorgehend ein Staatsvolk, das das Wahlrecht aus tiefer Verantwortung heraus dem Wohle des Vaterlandes zuwendet.

Die Landesabteilung Baden der Reichszentralstelle für Heimatdienst in Karlsruhe, versendet zur Zeit wieder ihren Jahresbericht, aus welchem die Vielgestaltigkeit der Aufklärungsarbeit und die immer wachsende Bedeutung derselben leicht ersichtlich ist. Den breitesten Raum nimmt die Vortragstätigkeit ein. Sie wurde im letzten Jahre wesentlich ausgebaut. Zu den 88 Wochenendtagungen in den einzelnen Städten kommen 5 Vorkurse, die auf 2 oder 3 Abende gelegt waren. Außerdem wurden 2 staatspolitische Lehrgänge in Karlsruhe und Mastatt veranstaltet, so daß die Zahl von 40 Vortragveranstaltungen erreicht wurde mit insgesamt 88 Vorträgen vor rund 7500 Zuhörern. Erstmals wurde die Wanderschau „Deutscher Lebenswille“ gelegentlich des „Badener Heimattages“ in Karlsruhe in der Ausstellungshalle gezeigt, welche die Entwicklung des deutschen Schaffens in den letzten 12 Jahren veranschaulichte. Über 6000 Besucher, meist aus den Kreisen der Schulen, gingen durch diese Ausstellung. Der Eröffnungssatz der Heimattagsausstellung vollzog sich in den Räumen „Deutscher Lebenswille“, wobei Herr Staatspräsident Dr. Schmitt und Herr Oberbürgermeister Dr. Finter mit Ansprachen auf die Wichtigkeit der Ausstellungen hinwiesen.

Das Lichtbildwesen der Landesabteilung erfreute auch im letzten Jahre eine starke Zuanpruchnahme. Konnten doch 506 Lichtbildvorträge in allen Gauen unseres Heimatlandes vor rund 40 000 Zuhörern veranstaltet werden. Das Lichtbild ist wegen der Anschaulichkeit und Eindringlichkeit eines der besten Hilfsmittel bei der ernstesten und sachgemäßen, überparteilichen politischen Bildungsarbeit. Schulen und Vereine aller Art machen immer mehr von der außerordentlich billigen Verwendungsmöglichkeit der Serien- und Bildbänder Gebrauch. Einschließlich der drei Vertrauensleutekonferenzen in Offenburg, Baden-Baden und Karlsruhe, in denen die Möglichkeit einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Landesabteilung und Vertrauensleuten, Organisationen und Behörden erfolgreich besprochen wurden, sind durch die Vortragstätigkeit der Landesabteilung insgesamt rund 54 000 erfaßt worden. Außerdem vermittelte die Landesabteilung den Anlauf von 160 Bildbändern, die ja auch wieder in den Dienst der sachlichen staatsbürgerlichen Bildung gestellt wurden.

Die Zeitschriften „Der Heimatdienst“ sowie die „Nichtlinien“ gingen jeweils an rund 1500 Adressen in Baden. Sie bieten reiches Material auf allen Gebieten des staatsbürgerlichen und staatspolitischen Wissens und Arbeitens. Über 31 000 Einladungen, 8000 Rundschreiben, 10 000 Flugblätter wurden zum Versand gebracht und ein Briefwechsel von 2800 Eingängen und 3400 Ausgängen erledigt.

Die Zusammenarbeit mit der Presse erstreckte sich auf 50 Artikel, welche rund 45 Zeitungen regelmäßig zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem erscheint seit März dieses Jahr ein sog. „Nebendienst“, der zahlreichen Interessenten zugeht.

Die Bücherei der Landesabteilung wurde sehr oft kostenlos benützt. Über das Ergebnis einer Umfrage bezüglich des staatsbürgerlichen Wissens in den Kreisen arbeitsloser Angehörten hat der Leiter der Landesabteilung in der Nummer 133 der „Karlsruher Zeitung“ vom 4. Juni 1930 eingehend berichtet. Auch diese Umfrage bewies, wie dringend notwendig die staatsbürgerliche Erziehung und Bildung ist.

Die Landesabteilung dankt in ihrem Jahresbericht allen Mitarbeitern für ihre treue und erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der staatsbürgerlichen Volksaufklärung und knüpft daran den Wunsch, daß der Eifer für diesen Dienst am Volke nie erlahmen, sondern immer lebendiger werden möge.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 40. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

### Inkrafttreten des Milchgesetzes

Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstagabend mit der Verordnung über das Inkrafttreten des Milchgesetzes und einer ersten Verordnung zur Ausführung des Milchgesetzes.

Die Ausschüsse haben vorgeschlagen, das Milchgesetz mit Ausnahme des § 38 am 1. Januar 1932 in Kraft zu setzen, da die erforderlichen Ausführungsbestimmungen der Länder noch längere Zeit in Anspruch nehmen, aber gleichzeitig mit dem Milchgesetz in Kraft treten müssen. Nach § 38 sind die obersten Landesbehörden ermächtigt, Erzeugerbetriebe und Milch verarbeitende Betriebe zur Abgaberegulation zusammenzuschließen. Diese Ermächtigung soll schon am 15. Mai in Kraft treten. Alle schon bestehenden Milchhandelsbetriebe sollen neu konfessioniert werden; sie sollen nur vom Nachweis einer bestimmten Umsatzmenge befreit sein, wenn sie den Betrieb schon seit Verkündung des Milchgesetzes am 8. August 1930 ausgeübt haben. Eine Reihe von Übergangsbestimmungen bringt Erleichterungen für die Übergangszeit, sowohl für Milchhandelsbetriebe, wie für die Landwirte, die für Milchabgabe einer Konzeption bedürfen. Alle diese Milchhändler und Landwirte sind bis um 1. April 1932 weiter zugelassen; die Frist kann verlängert werden.

In der Ausführungsverordnung werden in den Begriffsbestimmungen für Milch und Milchzeugnisse folgende vier Milchsorten aufgeführt: Vollmilch, Kinder- oder fettarme Milch, Markenmilch, Vorzugsmilch. Auch zubereitete Milch gilt nicht als Milch im Sinne des Gesetzes, und besonders also die pasteurisierte Milch.

### Kurze Nachrichten

**Ruhrverhandlungen** endgültig gescheitert. Die Ruhrverhandlungen über den Rohmateriallieferungsanspruch für den Ruhrbergbau, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind nun endgültig gescheitert. Die endgültige Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsminister.

**„Nationalsozialistischer Parlamentsdienst“** verboten. Auf Grund des § 5, Ziffern 1 und 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930, hat der Berliner Polizeipräsident die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift „Nationalsozialistischer Parlamentsdienst — NSDAP.“ einschließlich der Kopfschlätter mit sofortiger Wirkung bis zum 10. Juni 1931 einschließlich verboten. Das Verbot umfasst auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

**Dr. Goebbels zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt.** Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels wegen Verleumdung des Professors Dr. Niebenjahn von der Technischen Hochschule, der in einem von Dr. Goebbels verantwortlich gezeichneten Flugblatt als Sohn eines Getreidejuden bezeichnet worden war, zu 5000 M. Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis, den Drucker Fündes zu 150 M. Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis.

**Kommunistischer Bürgermeister zu Gefängnis verurteilt.** In Zweibrücken wurde am Montag als letzter Fall der Firmasener Bombenaffäre gegen den 3. Bürgermeister von Firmasens und Führer der dortigen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei, Heinrich Schreiber, und den Fabrikarbeiter Hermann Kersten aus Firmasens verhandelt. Schreiber wurde zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden, auf die Dauer von 5 Jahren, verurteilt. Kersten erhielt 10 Monate Gefängnis. Beide waren angeklagt, die ihnen bekannte Tatsache, daß in kommunistischen Kreisen Bomben hergestellt wurden, nicht angezeigt zu haben.

**Acht Staatsmänner rufen zur Fortführung des Wertes Nanfens.** Anlässlich des Todesjubiläum von Fritz von Nanfen, der sich am heutigen 13. Mai zum ersten Male jährte, richtet ein Komitee von acht führenden europäischen Staatsmännern einen Appell an die Öffentlichkeit, in dem um die Beschaffung eines Fonds zur Fortführung der von Nanfen begonnenen Flüchtlingsfürsorge gebittet wird. Der Appell ist unterzeichnet von Masaryk, Rowinkel, Briand, Lord Cecil, Dr. Curtius, Grandi, Henderson und Benjefos.

**Unteruchung gegen polnische Geistliche.** Die Behörden in Katowice haben gegen einige Geistliche in Myslowitz, Sorau und Paulsdorf wegen angeblicher deutschfreundlicher Handlungen in der Kirche eine Untersuchung eingeleitet. Es wird ihnen auch zum Vorwurf gemacht, den Separatismus propagiert und gegen Polen gehetzt zu haben.

### „Der Ideengehalt von Wagners Ring des Nibelungen“

Vortrag im Karlsruher Frauenklub.

Obwohl die Zeichen der Zeit laut genug dafür sprechen, daß die Konjunktur von Wagners Gesamtwerk wieder stark im Steigen begriffen ist und diesem von neuem die absolute Vorrangstellung im deutschen Musikschaffen zusichert, ist es doch nicht unwillkommen, wenn den Publikum oft recht rudimentären Kenntnissen über den tieferen Ideengehalt seiner Musikdramen gelegentlich durch eine zusammenhängende Darstellung nachgeholfen wird. Es war daher ein großes Verdienst der hiesigen Ortsgruppe des Richard-Wagner-Verbandes deutscher Frauen, daß sie zu einer diesbezüglichen Betrachtungsweise des „Ring des Nibelungen“ ihre Mitglieder aufzuforderte; nicht minder wertvoll war es aber auch, als Redner zu dem Thema gerade Prof. Dr. A. Drews zu hören, der sich in mehrfachen Schriften und Vorlesungen schon so wiederholt und eingehend mit der Ideenwelt dieses Geistesheroen und seiner Zeitgenossen auseinandergesetzt hat, daß er heute wie nur wenige die ganze gewaltige Materie vollkommen beherrscht.

Nun hätte allerdings die Gefahr, die bei strengen Mademieren oder gar bei Philosophen leider häufig an der Tagesordnung ist, sehr wohl bestehen können, daß durch den Anprall der vielen so bewältigenden Ideen die Aufnahmefähigkeit der Hörer auf eine allzu harte Probe gestellt werde, daß sie zwar mit einer ungeheuren Wissensmenge überfüllt würden, daß aber am Ende des anderthalbstündigen Vortrages der Zuwachs an wichtigem Gedankengut unausbalanciert und somit der positive Gewinn gering bliebe. Doch nichts davon trat ein, dank der methodisch ungemein klaren Darlegung des Stoffkomplexes, dank auch der weisen Beschränkung des Redners auf nur Haupt- und Grundsätzliches. Er begann zunächst historisch mit einem kurzen Hinweis auf jenen Dresdener Entwurf des Jahres 1848, der sich „Siegfrieds Tod“ nennt und streifte dann alle bedeutamen Bindungen von diesem Grundplan aus. Sie waren ja nicht nur dadurch bedingt, daß das einstige Anfangswerk sich durch den Vorbau der drei anderen allmählich zum Schlußglied wandelte, sondern vielsach weitergehende Änderungen rief vor allem Wagners neue, der Philosophie Feuerbachs nachgebildete und näher verwandte Weltanschauung hervor. Wohl blieb der Kerngedanke, daß der Nibelungenhort Sinnbild des Kapitalismus sei, daß demzufolge die Macht des Besitzes gebrochen und der Fluch, der jedem Eigentum anhaftet, erst beseitigt werden müsse, bevor

### Tagung der Wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmerverbände Badens

Einigkeit aller Erwerbszweige tut not — Mahnung zur Geduld — Zinsentzugsaktion der badischen Regierung angekündigt

Am Dienstag wurde in Karlsruhe im Hotel „Germania“ die alljährlich stattfindende Tagung der Wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmerverbände Badens, in der Industrie, Handel, Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe zusammengeschlossen sind, abgehalten, zu der sich auch der Landtagspräsident, die Präsidenten der Reichsbahndirektion und der Oberpostdirektion Karlsruhe und Mitglieder des Landtags eingefunden hatten.

Der Vorsitzende, Präsident Lenel, Mannheim, bedauerte in seiner Begrüßungsansprache, daß der Staatspräsident durch seine Erkrankung verhindert sei, an der Tagung teilzunehmen und wies auf das verlorene katastrophale Wirtschaftsjahr hin, wie es sich seit dem Ruhrkampf nicht mehr gezeigt habe. Zu dem wirtschaftlichen Niedergang sei auch der politische getreten. Das Ergebnis der Wahlen im September 1930 sei in jeder Hinsicht tief zu bedauern, einmal weil die Zerstückelung eine ungeheure Zunahme zu verzeichnen hat, und zum anderen, weil das für uns unbedingt notwendige Vertrauen des Auslandes stark beeinträchtigt worden ist. Gegen diese schädigenden Einwirkungen können wir uns nur mit Erfolg wehren, wenn wir uns zur Einigkeit zusammenschließen. Wäre die Wirtschaftliche Vereinigung der Unternehmerverbände noch nicht gegründet, so müßte ihre Gründung sofort erfolgen, denn sie strebt dem Ziele der Einigkeit zu. Nur wenn die einzelnen Berufsstände sich gegenseitig ihre Nöte offenbaren und untereinander dafür verständnis wachen, Achtung und Vertrauen zueinander zu gewinnen, ist es möglich, gegen Nöte und Schwierigkeiten anzukämpfen. So sind wir uns in zehnjährigem Zusammenarbeiten einander nähergekommen. Auch im kommenden Jahre wollen wir diese vertrauensvolle Zusammenarbeit fortführen in der Erwartung, der Not Herr werden zu können, damit die deutsche Wirtschaft und vor allem die badische, wenigstens etwas emporgehoben werden kann (Beifall).

Für das der Vereinigung zugehörnde badische Handwerk sprach der Vizepräsident der Mannheimer Handwerkskammer, Schneider, darstellend, in welcher schwerer Krise sich das Handwerk befindet. Es sei feststehend, daß alle Berufsstände auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen seien. Heute sei die Lage derart, daß eine große Anzahl von Betriebsunternehmern der Fürsorge anheimgefallen seien. Deshalb gehe es nicht länger an, die Landwirtschaft durch Zollschutz in so hohem Maße allein zu unterstützen. Sämtliche Gewerbetreibende seien notleidend und bedürften der Hilfe. Mit den Bestrebungen der Vereinigung sei auch das Handwerk einverstanden.

Die dritte Gruppe, die Landwirtschaft, kam durch den Präsidenten des Badischen Genossenschaftsverbandes, Keibel, zu Wort. Einigkeit herrsche in der Auffassung, daß es allen Erwerbsgruppen schlecht gehe. Das Wirtschaftsbarmeter habe einen Tiefstand erreicht, der auf Sturm deute. Doch müsse man auch zur Geduld mahnen. Was Krieg, Inflation und Deflation in wenigen Jahren an Zerstörung angerichtet haben, kann nicht in der gleichen Zeitspanne wieder gutgemacht werden, nur viele Jahre angelegentlichster Arbeit und Sparsamkeit können uns wieder in die Höhe bringen. Vor einem Irrtum sei zu warnen: mit der Selbsthilfe allein geht es nicht! Einen gewissen Zollschutz muß die Landwirtschaft genießen. Selbsthilfe und Umstellung allein werden einen gewissen Zollschutz für die Landwirtschaft nie ganz ersetzen können. Präsident Keibel schloß mit der Erklärung, daß auch die Landwirtschaft die Zusammenarbeit in der Wirtschaftlichen Vereinigung pflegen werde.

Namens des Staatspräsidenten überbrachte Ministerialrat Keller die Grüße der Regierung und machte dabei die interessante Mitteilung, daß die badische Regierung versuchen wolle, ein Abkommen zwischen verschiedenen Kreditinstituten zu erreichen, um eine Zinsentzug für die ganze badische Wirtschaft herbeizuführen.

Im folgenden hörten die Teilnehmer der Jahresversammlung einen Vortrag des Direktors der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. von Engelberg, über die Zinsbildung. Der

Redner betonte, daß die vermeintliche Unsicherheit der Kapitalanlage in Deutschland gegenwärtig das Entscheidende für die Zinshöhe in Deutschland ist. Die bedeutendste Aufgabe der Regierung und Wirtschaft sei demnach, die Wiederherstellung des Vertrauens zur deutschen Wirtschaft, eine Aufgabe, die sich gerade die gegenwärtige Regierung Bränning gestellt habe, wofür die Wirtschaft ihr besonders dankbar sein müsse. Da diese Arbeit aber eine sehr langwierige sei, müsse nach Wegen gesucht werden, um schon jetzt schlimmsten Schäden zu begegnen. Sowohl die deutsche wie die Weltwirtschaft hätten eine Reihe solcher Maßnahmen schon eingeleitet (Wohnungsbauwirtschaft, Stahlschmelze, Kuffenreite, WZB. in Basel u. a.). Wenn auch heute nicht gesagt werden könne, daß diese Versuche gelingen werden, oder gar alle von Erfolg begleitet seien, so mühten sie doch als ein bedeutsamer Notbehelf angesehen werden. Der Redner wies dann darauf hin, daß nach vielen Richtungen hin sich die Wirtschaft neu orientieren müsse. In der Wirtschaft, sowohl national wie international gesehen, müsse neben dem rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt auch das ethische Moment stärkere Berücksichtigung finden. Nur wenn es gelinge, diesen Gedankengängen in der Wirtschaftspolitik Eingang zu verschaffen, werde es möglich sein, den kommenden großen Aufgaben in Politik und Wirtschaft gerecht zu werden.

Präsident Lenel ergänzte die Darlegungen des Vortragenden mit dem Hinweis, daß auch die Politik direkt und indirekt ein außerordentliches Maß von Verantwortung trage und viel dazu beitragen könne, unsere Misere zu mildern. Ohne Vertrauen sei aber nichts zu erreichen.

Damit fand die Tagung ihren Abschluß.

### Kleine Chronik

**In Quadragh (Aheinland)** hat der Wohlfahrtsvereinsvorsitzende Hoffen, Vater von 7 Kindern, zwei seiner Kinder, Mädchen im Alter von 8 und 14 Jahren, mit einem Beil den Kopf gespalten. Nach der Tat flüchtete er das Haus in Brand und erhängte sich. Hoffen hatte bereits vor zwei Jahren seine Familienangehörigen mit Totschlägen bedroht und einen Brand verursacht, für den er 2 Jahre Gefängnis erhielt.

**Der Fürst zu Inn- und Knyphausen** wurde Dienstag vormittag im Park seines Schlosses Lüttesburg bei Norden (Ostfriesland) tot aufgefunden. Es ist möglich, daß der Fürst über das Jagdgewehr gestolpert ist, oder daß er, der lange lungenleidend ist, Selbstmord begangen hat. Der Fürst stand im 55. Lebensjahre und führte bis vor einem Jahre den Posten im Landwirtschaftlichen Hauptverein für Ostfriesland.

**Bei Courtrai** geriet ein belgisches Militärflugzeug 200 Meter über dem Erdboden in Brand. Die beiden Offiziere, die sich in dem Flugzeug befanden, verbrannten.

**Im Haag** wurde der Direktor der Niederländisch-indischen Zuckerrum, der Millionär und Zuckermagnat Schaaijer, der seit Samstag der vergangenen Woche vermisst worden war, in einem Lagerhaus in einer Kiste ermordet aufgefunden. Er war mit Chloroform betäubt worden. Die beiden Täter sind bereits von der Polizei verhaftet worden. Sie haben die Mordtat eingestanden. Es handelt sich nach ihren Angaben um einen Erpressungsversuch.

**Das englische Luftfahrtministerium** teilt mit, daß sich bei Ketheradon ein Flugzeugunglück ereignete, bei dem der Militärflieger Merriman ums Leben kam, während sein Begleiter unverletzt blieb. Die Zahl der seit Jahresbeginn tödlich verunglückten englischen Militärflieger erhöht sich somit auf 42.

**Der amerikanische Rekordflieger Franks M. Gault**, der am Dienstag um 12 Uhr in London startete, traf um 2:55 Uhr, also nach noch nicht drei Stunden, auf dem Tempelhofer Flughafen in Berlin ein, hat also die rund 1000 Kilometer lange Luftstrecke mit 330 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde zurückgelegt.

**Der japanische Prinz Takamatsu** und seine Gattin, die vor einiger Zeit auch in Deutschland sich aufhielten, besuchten dieser Tage abends die Magaratafälle, die aus diesem Anlaß festlich illuminiert wurden. Sehr groß war nun die Enttäuschung des offiziellen Vertreters des Landes, als das japanische Prinzenpaar erklärte, den Wasserfall zu illuminieren sei ebenso überflüssig, wie eine Blume zu bemalen.

**In dem Dorfe Schimanashi** auf Hokkaido (Togo) geriet ein Lichtspieltheater in Brand. 16 Personen kamen in den Flammen um, 30 wurden verletzt. Das Feuer verbreitete sich und zerstörte weitere 16 Häuser.

Aus solch gedrängtem Referat mag immerhin erhellen werden, daß Drens nicht nur eindringlich bemüht war, die Erinnerung an eine der größten Schöpfungen der Vergangenheit in unserer schnelllebigen Zeit wachzuhalten, sondern daß sein Bestreben zugleich deren aktivistischer Erneuerung galt, insofern an der Schwelle der Gegenwart stets noch die gleichen Begriffe kultureller Differenzierung die Kurve des Werdens und Vergehens deutlich machen.

**10 Jahre Südwestdeutsche Lichttechnische Gesellschaft.** Die Südwestdeutsche Lichttechnische Gesellschaft Karlsruhe kann in diesem Jahre ihr 10jähriges Bestehen feiern. In der letzten Vorstandssitzung wurde der Beschluß gefaßt, lichttechnische Kurse für weitere Kreise mit Unterstützung des Lichttechnischen Instituts zu veranstalten. Es soll dazu auch die Mitwirkung des Badischen Landesgewerbeamts herangezogen werden. Ähnliche Kurse im vergangenen Jahre haben sich stets allgemeiner Beliebtheit erfreut.

**Die Bad. Gesellschaft für Eugenik** veranstaltet am 19. Mai in Karlsruhe eine größere öffentliche Kundgebung. Vormittags 11 Uhr, hält Herr Prof. Dr. Eugen Fischer (Berlin) einen Sonderortrag über den heutigen Stand der Erblehre und Eugenik für Behördenvertreter, Lehrerschaft, Geistlichkeit, Richter und Standesbeamte. Abends 8 Uhr findet eine öffentliche Versammlung statt, zu der kindliche Jugendorganisationen gebeten sind. Die Gesellschaft erstrebt die Verbreitung der Ergebnisse der menschlichen Erblichkeitsforschung und die Bekämpfung der Erbkrankheiten.

**Eine Entschließung zur Einschränkung der Kulturreizats.** In einer Entschließung, in der auf der Hauptversammlung der Tagung des Reichsverbandes deutscher Zeitschriftenverleger in Berlin zu der bedrohlichen allgemeinen Einschränkung der Kulturreizats Stellung genommen wurde, wird auf die bedrohlichen Folgen des Vorgehens der verantwortlichen Stellen hingewiesen und gefordert, daß Reich, Länder und Gemeinden die Gefahr abwenden und auch die nachgeordneten Stellen von Einschränkungen auf diesem Gebiet als von einer unrichtigen Punkte angelegten Sparjamkeit abraten.

**Darmstädter Generalintendant nach Berlin berufen.** Die Städtische Oper Berlin wählte in ihrer Aufsichtsstellung den Generalintendanten Prof. Ebert in Darmstadt zum Intendanten der Berliner Städtischen Oper.

**Ernung eines deutschen Gelehrten.** Universitätsprofessor Dr. Ritter von Bayer, der bekannte Heidelberger Orthopäde, ist von der Britischen Orthopädischen Gesellschaft zum Ehrenmitglied ernannt worden.

das erträumt Rein-Menschliche, eben der Liebe Erfüllung werden könne, einigermaßen bis zur „Götterdämmerung“ erhalten, doch aus der ursprünglichen Verherrlichung der Götter ist mittlerweile deren Vernichtung das Ziel geworden, oder aber mit anderen Worten: Wagner hatte sich inzwischen zum Atheismus Feuerbachs bekehrt und für die verlorene Religion konnte nur eine Liebe Ersatz bieten, welche den Untergang aller Lieblosen, und seien es sogar die Götter, voraussetzt. Dieses Urgebot der Liebe jedoch enthält vor allem dann das „Aheingold“, worin nicht allein Altherald der Liebe entragt, sondern es auch für Wotan verhängnisvoll wird, daß er nunmehr nach Macht, die sich auf eine Tat der Lieblosigkeit und Ungerechtigkeit gründet, strebt und sich die Seele nicht frei hält, daß Sorge um die Vergangenheit, Angst vor der Zukunft ihn quälen und ihn seines Besitzes ebensowenig froh werden lassen, wie sein Wissen Furcht erzeugt. Daher ist nach der Meinung des Feuerbachianers Siegfried würdiger als er, zum Erlöser der Welt zu werden, wenn schon Wotan, der seine Lebenslust am Brunnhildenselsen zu Grabe trug, trotzdem zu höchster Freiheit emporsteigt, sobald er sich der Notwendigkeit des Schicksals beugt, weil er schließlich wollen kann, was er muß. Aber auch Siegfried, dem Vortreff des Rein-Menschlichen und seiner weiblichen Ergänzung Brunnhilde, bringt die Verührung mit dem verfluchten Ring vorübergehendes Verderben. Zwar wandelt sich Siegfrieds Liebe durch den Zauberkant mehr von außen her und nicht unmittelbar sein liebesfrohes, furchtloses Wesen berührend in Lieblosigkeit, aber bei ihm wie bei Brunnhilde löst dann ebenfalls erst der Tod wieder die Bande der Verblendeten.

Soweit ging des Redners Aufgabenstellung, sie umfaßte also nicht mehr die auch im Ring noch fühlbar gewordene spätere Hinwendung Wagners zum Schopenhauerischen Pessimismus, sondern sie ließ Feuerbach allein und mit diesen den Menschen triumphieren, dem es fortan in die Hand gegeben ist, das Reich der Liebe zu errichten. In seinem Schlußwort, das den „Ring“ als Weltanschauungsgedicht ebenerbürtig neben das größte deutsche Dichtwerk, neben Goethes Faust, stellte, erläuterte Drews dann noch kurz diesen Begriff der „Liebe“. Wohl mute auch er wie die ganze Dichtung stark heidnisch an, sei aber doch voll religiöser Gehalts, allerdings nicht im Sinne der christlichen Nächstenliebe, sondern eher als ein Aufgeben des einzelnen im Allgemeinen sei er gemeint und daher fast schon Mitleid zu nennen, wie dieses entgegen der faustisch tragischen oder mittelalterlich germanischen Periode alsdann in der christlich beruhigteren Epoche der „Barfisa“ Zeit sich herauskristallisierte.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

Nächste Plenarsitzung 19. Mai

Der Landtag hält, wie wir hören, am kommenden Dienstag, den 19. Mai, vormittags 9 Uhr, eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Staatshaushaltsordnung, Grunderwerbsteuer, Förmliche Anfrage Dr. Mattes (D. Sp.) über Senkung der Steuern, Mitteilung des Innenministers über Hagelversicherung, Gesetzentwurf betr. Veräufßerung der Grundbücher, Mitteilung des Justizministers betr. die Dienstaufsicht über die Landgerichte, ein Gesuch des Küfer- und Röhlerverbandes betr. die Gefängnisarbeit, und endlich eine förmliche Anfrage Silber (Bauernpartei) betr. die Wareneinfuhr im deutsch-schweizerischen Grenzverkehr.

### Der Haushaltsauschuss

Der Landtag hat die Änderung im Gesetz zur Grunderwerbsteuer und Zuwachssteuer mit Mehrheit genehmigt. Das Gesetz bringt formelle Änderungen insofern, daß an Stelle der verwaltungsgerichtlichen Klage das förmliche Rechtsbeschwerdenverfahren eingeführt werden soll. Keine wesentlichen Änderungen bringt das Gesetz gegenüber dem bisherigen Rechtszustand hinsichtlich der Wertzuwachssteuer. Die sogenannte Inflationszuwachssteuer müßte die Gemeinden erheben, statt dessen können sie die allgemeine Wertzuwachssteuer auch einführen, oder umgekehrt.

Darauf befaßte sich der Ausschuss mit dem neuen Gesetz über die Staatshaushaltsordnung, über dessen Inhalt schon Mitteilungen gemacht worden sind. Das Gesetz wurde ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

Schließlich wurde noch der Initiativantrag über die Änderung des Gebäudeversteuergesetzes beraten. Es handelt sich um den vielmehrstrittenen § 7 a, b, h, um die erhöhte Gebäudeversteuern, die fallen soll, wenn die Deduktionsfrage geregelt würde. Der Ausfall bedeutet 720 000 M für das Land und rund eine Million für die Städte und Gemeinden. Der Ausschuss stellte sich in der Mehrheit auf den Standpunkt, daß man die Beschlussfassung über die Erhebung des § 7 a noch aussetzen soll, bis man aus dem Spargutachten die notwendigen Deduktionsmittel ersehen könne.

Im Ausschuss hat Finanzminister Dr. Schmitt mitgeteilt, daß das Gutachten der Sparkommission noch nicht fertiggestellt sei, es werde aber in den nächsten Wochen dem Landtag zugehen.

### Aus der badischen Industrie

Arbeiterentlassungen beim Reichsbahn-Ausbesserungswerk Schwenningen. Am Samstag sind wiederum 110 Arbeiter aus dem Reichsbahn-Ausbesserungswerk Schwenningen entlassen und bis auf weiteres als Zeitarbeiter zu verschiedenen Baumeisterereien (Schwenningen, Mannheim, Heidelberg, Waghäusel u. a.) verkehrt worden. Die Gesamtzahl der Belegschaft sinkt damit auf 410 Mann. Innerhalb eines Jahres sind im RABW Schwenningen insgesamt 800 Arbeiter entlassen worden.

Der Arbeitskonflikt bei Gebrüder Großmann, Brombach. Da die Lage immer noch ungelöst ist, und ein Nachgeben der Parteien nicht zu erwarten ist, hat der zuständige Schlichtungsausschuss Freiburg eingegriffen und für Freitag, den 16. Mai Verhandlungen vor dem Vorsitzenden des Ausschusses anberaumt. In diesen Verhandlungen soll gefahrt werden, ob ohne ein amtliches Eingreifen des Schlichtungsausschusses eine Verständigung ermöglicht werden kann. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, kommt dem Konflikt bei Gebrüder Großmann insofern eine politische Bedeutung zu, weil dieser in der Hauptstadt verursacht worden ist durch die Betriebsratsmehrheit, die der revolutionären Gewerkschaftsopposition angehört.

### Der Zusammenbruch der Heidelberg-Wohnungsbau G. m. b. H.

Für Ende Juni dürfte mit dem Prozeßbeginn in Sachen des Zusammenbruchs der Heidelberg-Wohnungsbau G. m. b. H. zu rechnen sein. Die Anklageschrift ist bereits festgestellt und umfaßt über 60 Seiten. Die Anklage richtet sich gegen den Rechtsanwalt Ludwig Müller, der als Geschäftsführer und Direktor Alfred Belschmidt (der erste Geschäftsführer und Direktor Paul Müller ist nach der Schweiz geflüchtet) und lautet auf Untreue, Betrug und eine Reihe Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz.

Der Fall ereigte im September v. J., als die Verhaftung der beiden Erstgenannten bekannt wurde, großes Aufsehen. Die Wohnungsbau G. m. b. H. hatte damals ihre Zahlungen einstellen müssen. Es ergab sich, daß das Institut der Armen- und Schulstiftungen in Speyer um etwa 2 Millionen Reichsmark geschädigt worden war. Über die Wohnungsbau G. m. b. H. wurde dann der Konkurs verhängt und beim Prüfungstermin wurde eine Unterbilanz von über 1,8 Millionen Reichsmark festgestellt. Der Verlust der Schulstiftungen entstand aus einem Baubauvertrag mit der Wohnungsbau G. m. b. H. über die Errichtung eines Krankenhauses in Ludwigshafen, das im Juni 1930 in Betrieb genommen wurde und auf 4,8 Millionen Reichsmark zu stehen kam, während der Bauaufwand ursprünglich auf 2,5 Millionen Reichsmark veranschlagt worden war. Ludwig Müller ließ sich von dem Prior der Speyerer Schwestern Blankowitz (der 1,8 Millionen Reichsmark unterschreiben, verbandte diese aber unerlaubterweise dazu, die hierdurch flüssig gewordenen Gelder in zweifelhafte Unternehmungen und ausichtslose Gründungen zu stecken).

Die Wohnungsbau G. m. b. H. wurde im Juni 1928 mit 20 000 M Gesellschaftskapital gegründet, woran Ludwig Müller mit 14 000 M beteiligt war. Die von ihm vorgelegte Kasseequittung über 10 000 M Anzahlung soll nun aber gefälscht sein. Man hatte Millionenobjekte im Auge, die auf einer gängig unsoliden Basis standen. Dazu gehörten angelegte Verbaudungen mit der Fürtel über Hafensbauten in Höhe von 8 Millionen Reichsmark. Ein Krankenhausbau in Niga, die Absicht, auf den Wüchsenadern bei Ziegelhausen einige hundert Häuser zu erstellen, und die Übergabe von 654 000 M an die Bahocomma-Amsterdam zu spekulativen Zwecken. Diese 654 000 M sind verloren. Ein Rittergutsbesitzer in der Nähe Münchens erhielt für eine zweifelhafte Hypothek 250 000 M. Mindestens 230 000 M haben sich verloren zu gelten. In eine Filmgründung (Remo-Film-G. m. b. H., Berlin) hatte Müller 7000 M in bar und 45 000 M in Gestalt eines von der Wohnungsbau G. m. b. H. ausgestellten, von den Armen- und Schulstiftungen akzeptierten Wechsels eingeschossen. Auch dieses Geld ist verloren. Ebenso fallierte die im Jahre 1928 in Berlin gegründete Allgem. Gemeinnützige Wohnungsbau- und Mietergenossenschaft, deren einzige Gläubigerin die Heidelberg-Wohnungsbau G. m. b. H. war.

Vom Konkursverwalter wurde festgestellt, daß bereits Ende 1928 eine Unterbilanz von über 140 000 M vorhanden war. Es hätte also schon damals der Konkurs angemeldet werden müssen. Zum Prüfungstermin wurden 8 188 551 M Forderungen einschließlich der bevorrechtigten angemeldet. Die Zahlungsschwierigkeiten begannen, als der Prior der Armen- und Schulstiftungen mißtrauisch geworden war und keine Wechsel mehr unterschrieb. Die Unterschrift der Blankowitz war nur durch falsche, hochtadelnde Vorpiegelungen erreicht worden.

### Unterstützt die Arbeit der Blinden!

Von der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Badischer Blinden wird uns geschrieben:

Die Not der Zeit macht es erklärlich, daß vielfach versucht wird, die Einnahmen durch den Verkauf aller möglichen Gegenstände zu erhöhen. Dagegen kann nichts eingewendet werden, solange solche Bemühungen nicht als unlauterer Wettbewerb bezeichnet werden müssen. Dies geschieht aber immer wieder namentlich zur Schädigung der blinden Handwerker, die sich zur „Ein- und Verkaufsgenossenschaft badischer Blinden“ zusammengeschlossen haben. So haben wir schon öfters festgestellt, daß von Hausieren Blindenwaren angeboten und verkauft wurden, wobei es sich in Wirklichkeit gar nicht um solche handelte.

Wir legen großen Wert darauf, unsere Kundschaft dahin aufzuklären, daß wir keine Hausierer ausschließen. Unser Warenvertrieb geschieht in der Weise, daß unsere Vertreter bei der Kundschaft nur die Aufträge entgegennehmen. Die Waren werden alsdann durch uns ins Haus gebracht. Im Kaufschillingen und Irreführungen zu vermeiden, führen alle unsere Vertreter von uns ausgefertigte Ausweise mit sich. Wir bitten daher, sich den Ausweis beim Kauf jeweils vorzeigen zu lassen und dabei genau auf den Namen unserer Firma zu achten; denn nur dadurch wird die Gewähr geboten, wirkliche Blindenwaren zu kaufen. In Zweifelsfällen wende man sich an die Geschäftsstelle, Kriegsstraße 200, Telefon 5577.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise trifft uns Blinde besonders hart, der wir durch selbständige Arbeit begegnen wollen. Dazu brauchen wir Arbeitszuweisung und Förderung des Absatzes. Wir erjüden daher, unsere Genossenschaft bei Bedarf an Besen, Bürsten und Korbdarben aller Art zu berücksichtigen und machen im besonderen darauf aufmerksam, daß namentlich auch jede Art von Korbdarben sowie das Ausschleichen von Rohrstützen pünktlich und preiswert ausgeführt wird.

### Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Ginnigen (bei Schwellingen) wurde der bisherige Bürgermeister Friedrich Reine, der der Staatspartei angehört, mit 28 von 54 abgegebenen Stimmen auf 9 Jahre wiedergewählt. Der erste Wahlgang hatte keine Entscheidung gebracht. — Nachdem in Schopfheim die Kandidatenfrage einer gewissen Klärung zugeführt worden ist, ist nunmehr Termin zur Bürgermeisterwahl auf Mittwoch, den 20. Mai 1931, abends 8 Uhr, angesetzt worden. Die hauptsächlichsten bürgerlichen Gruppen unter Führung des Zentrums, haben sich auf den der Konstanzer Stadtverwaltung angehörenden Dr. Girth geeinigt. Die Sozialdemokraten wollen einen eigenen Kandidaten präsentieren, so daß zu erwarten ist, daß der erste Wahlgang, der demnächst angesetzt werden dürfte, ohne Erfolg sein wird, da die Kommunisten und Reichsgruppen sich kaum für einen der beiden Kandidaten entscheiden werden. — In Durlach wurde Kober Rang mit 184 Stimmen gewählt. Der bisherige Bürgermeister Maier erhielt 174 Stimmen. In Diermettingen wurde zum dritten Male Bürgermeister Ernst Köhler mit 58 Stimmen wieder gewählt. In Gießweiler wurde Bernhard Genter mit 183 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der bisherige Bürgermeister hatte mit Rücksicht auf sein Alter eine Wiederwahl abgelehnt. Die Gegenkandidaten Vinkler, Efinger und Spehl erhielten 26, 14 bzw. 6 Stimmen. — In Schweinberg (Ami Buchen) wurde Landwirt Josef Baumann mit großer Stimmenmehrheit zum Gemeindevorstand gewählt. — In Gremmelbach (bei Trüben) wurde Bürgermeister Reuter nahezu einstimmig wieder gewählt.

Der Weinheimer Stadtsanität. Nach dem Voranschlag für 1931 mit 2 383 700 M Ausgaben und 1 523 256 M Einnahmen sind zu decken 860 494 M. Die Einnahme aus Gemeindesteuern belaufen sich auf 864 428 M nach Steuerwerten des Vorjahres bei den nach den gesetzlichen Vorschriften geltenden Sätzen von 1,45 M auf Grundvermögen, 0,63 M auf Betriebsvermögen und 10,50 M auf Gewerbebeitrag. Die Bürgersteuer soll um 50 Proz. erhöht werden.

Der Gemeinderat Schwenningen hat beschloffen, zur teilweisen Deckung des im Haushalt 1931 erwartenden erheblichen Fehlbetrages mit Wirkung vom 1. Juni 1931 ab die bisherigen Steuerätze der Gemeindevorstandes der Stadtgemeinde Schwenningen um 70 Prozent zu erhöhen. Die Beschlussfassung wegen etwaiger Erhöhung der Bürgersteuer soll verschoben werden bis zur Ermittlung des aus dieser zu deckenden Fehlbetrages.

Abrechnung des Wieslocher Voranschlags. Der Wieslocher Voranschlag verfiel der Ablehnung im Bürgerausschuss trotz anerkannter sparsamer Anstellung, weil eine 50prozentige Erhöhung der Bürger- und Gemeindevorstandsteuer gefordert wurde.

Keine Einigung über den Etat 1931/32 im Baden-Badener Bürgerausschuss. In der Dienstaufsicht des Bürgerausschusses konnte eine Einigung über den Etat 1931/32 nicht erzielt werden, da Kommunisten, Sozialdemokraten, Wirtschaftspartei, Evangelischer Volksdienst und Nationalsozialisten ihn wegen der darin enthaltenen Steuererhöhungen, die für die Wirtschaft nicht mehr tragbar seien, ablehnten. Die Beratungen wurden darauf auf heute, Mittwoch, vertagt. Nach dem Stande der Dinge wird es wohl bei der Ablehnung des Etats durch die genannten Parteien bleiben.

Die Finanzlage Rehs. Befanlich lehnte der Bürgerausschuss Rehl in seiner letzten Sitzung die Nachtragskredite für den Krankenhaus- und Oberrealschulweiterbau in Höhe von 82 000 M ab, ferner die Ablösung eines bei der Badischen Kommunalen Landesbank in Mannheim im Jahre 1928 aufgenommenen Darlehens von 250 000 M. Der Bürgerausschuss ist nun auf den kommenden Montag nochmals einberufen, in der diese Punkte wiederum zur Beschlussfassung vorgelegt werden; die auf Grund der Ablehnung erfolgte Zurückziehung der Vorlage auf Forderung des privaten Wohnungsbauwesens wird gleichfalls neu eingebracht. Die Stadtverwaltung Rehl erklärt auf furierende Gerüchte über einen Bankrott der Stadtgemeinde Rehl eine Erklärung, daß dies absolut unrichtig und dazu geeignet sei, die Kreditwürdigkeit der Gemeinde zu gefährden. Sie habe, um ihre Verbindlichkeiten gegenüber den Bauhandwerkern und den Lieferanten erfüllen zu können, sich fast aller Betriebsmittel entblößt. Sie sei in der Lage, in Zukunft ihren finanziellen Verpflichtungen ohne Schwierigkeiten laufend nachzukommen, wenn der Bürgerausschuss die fehlenden Betriebsmittel durch Genehmigung der vorliegenden Darlehensverträge, die eine Kapitalaufnahme von 82 000 M vorsehen, wieder beschaffe. — Nationalsozialistische Anträge fordern u. a. eine 20 Prozentige Gehaltskürzung von Gruppe 8 an aufwärts. Weiter wird die Einführung der Pflichtensteuer angeregt. Bei der ausgeprochenen Reichsmehrheit im Gemeinderat ist mit einer Annahme der Anträge zu rechnen. — Mittwoch Abend sollte wieder Bürgerausschussung sein, in der die in der letzten Sitzung abgelehnten Vorlagen erneut zur Behandlung standen. Da indes in der Gemeinderatsitzung sich Klar erwiesen hat, daß eine Mehrheit für die Vorlagen wieder nicht zu erzielen war, wurde die Bürgerausschussung abgefragt.

Eine Aufwertungsfrage der Sparkasse Freiburg. Die Sparkasse Freiburg gab dem Jüdischen Landwirtschaftlichen Verein „Der Pflug“ am 17. Januar 1922 ein hypothetisch gesichertes Darlehen von 450 000 M. Der Fabrikant Konrad Goldmann, damals Vorstand dieses Vereins, hat einen Teil des Betrages dazu verwendet, um eine hypothetisch gesicherte Schuld in Höhe von 193 000 M, die für die Sparkasse auf seinen Grundstücken eingetragen war, und aus den Jahren 1908 und 1912 stammte, zu tilgen. Die Sparkasse verlangte, daß unter Anwendung des § 3 Abs. 2 Satz 2 des Aufwertungsgesetzes der Teilbetrag von 193 000 M zu dem Goldmarkwert aufgewertet werde, den die 193 000 Mark in den Jahren 1908 und 1912 gehabt hätten, und erhob gegen den Verein „Der Pflug“ eine entsprechende Klage. Das Oberlandesgericht Karlsruhe gab der Klage im wesentlichen statt. Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe legte der beklagte Verein Revision ein, die vor dem Reichsgericht geregelt wurde. Die Revision wurde zurückgewiesen.

Der Kreisvoranschlag Offenburg für das Jahr 1931/32 ist nunmehr fertiggestellt worden. 584 045 M. Einnahmen stehen 1 187 329 M. Ausgaben gegenüber, so daß 603 284 M. aus Kreissteuern zu decken sind. Zur Erhebung kommen folgende Sätze: vom Grundvermögen 9, vom Betriebsvermögen 4 und vom Gewerbebeitrag 67 Pf. Die Verhandlungen finden am 9. Juni statt.

Der Bürgerausschuss Donaueschingen genehmigte einstimmig den städtischen Voranschlag für 1931/32. Eine Generaldebatte fand nicht statt. Die Ausführungen zu den einzelnen Punkten bewegten sich im sachlichen Rahmen. Zur Erhebung kommen folgende Gemeindesteuern: 86 Pf. vom Grundvermögen, 33 Pf. vom Betriebsvermögen, 621 Pf. vom Gewerbebeitrag unter 10 000 M und 776 Pf. vom Gewerbebeitrag über 10 000 Reichsmark. Von den Nationalsozialisten waren drei Anträge, darunter einer auf Senkung des Gehalts des Bürgermeisters, eingegangen, die vom Stadtrat verworfen wurden.

Der Bürgerausschuss St. Blasien genehmigte die Rechenschaftsberichte der Stadtkasse, der Wasserwerkstasse und der Elektrizitätswerkstasse für die Jahre 1924 bis 1928. Das Reinergebnis der Stadt hat sich in dem angegebenen Zeitraum von 457 000 M auf 829 000 M erhöht, also nahezu verdoppelt. Weiterhin wurde der Voranschlag der Kurverwaltung für 1931/32 beraten. Dabei wurde auch die Anschaffung einer Rüstübertragungsanlage durchgesprochen. Der Kosten, Errichtung eines Schwimmbades, wurde zurückgestellt.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	13. Mai		12. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.43	168.77	168.52	168.86
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.59	112.51
Italien . . . 100 L.	21.96	22.00	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.391	20.431	20.402	20.442
Nem-Park . . 1 D.	4.1940	4.2020	4.1950	4.2050
Paris . . . 100 Fr.	16.407	16.447	16.401	16.441
Schweiz . . . 100 Fr.	80.83	80.99	80.83	80.99
Wien 100 Schilling	58.95	59.07	59.00	59.12
Prag . . . 100 Kr.	12.423	12.443	12.428	12.448

Attienindex. Der vom Statistischen Reichsamte errechnete Attienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche von 4.—9. Mai 1931 auf 86,5 gegenüber 89,1 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 80,4 (83,6), Gruppe verarbeitende Industrie auf 77,0 (79,5) und Gruppe Handel und Verkehr auf 108,3 (110,6).

Vorstand-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart. In der am Dienstag in Mainz abgehaltenen Generalversammlung, in der 87 Aktionäre ein Stammkapital von 23 933 400 Reichsmark mit 79 978 Stimmen und 100 000 M. Vorzugsaktien mit 4000 Stimmen vertreten, wurde die Dividende, wie vorgeschlagen, auf 7 Proz. festgelegt. Über den Geschäftsgang machte die Verwaltung die Mitteilung, daß die Verhältnisse auch bei diesem Wert, wie bei allen anderen, noch unübersichtlich seien. Es seien 27 000 Tonnen weniger produziert worden, als im Vorjahr. Das Wert ist zu 70 Proz. des Vorjahres im Inland und zu 50 Proz. im Export beschäftigt. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates wird an Stelle des verstorbenen Dr. Schott, Heidelberg, Bankier Hans Weinschenk in Firma Paß u. Herz in Frankfurt a. M. gewählt, der damit auch den alternierenden Vorsitz im Gemeinschaftsausschuss der J. G. Heidelberg-Schlesien übernimmt.

Badische Landwirtschaftsbank (Bauernbank) Karlsruhe. Das Unternehmen veröffentlicht seinen ersten Jahresbericht nach vollzogener Fusion. Danach hat sich die Fusion zwischen dem Karlsruhe und dem Freiburger Institut gut ausgewirkt. Die erzielten Einsparungen konnten sich bereits auswirken. Das Spareinlagengeschäft bei den angeschlossenen Kreditgenossenschaften hat sich zufriedenstellend entwickelt. Die Spareinlagen sind von 44,9 auf 52,4 Millionen, die Konto-Korrenteinzahlungen von 5,2 auf 6,2 Mill. Reichsmark gestiegen. Das gesamte bei den Genossenschaften anfallende Wechselmaterial konnte aufgenommen werden. Die Umsätze mit den Kreditgenossenschaften haben sich wesentlich erhöht. Der Kreditbedarf war im Juli und Oktober am stärksten. Lediglich die Tabakernte konnte einschließlich der Vorräte aus dem Vorjahre bei guten Preisen abgesetzt werden, während die Einnahmen aus Obst- und Weinerte, aus Getreide- und Viehwirtschaft nicht befriedigten. Die Zahl der Mitglieder ging von 2650 auf 2377 mit 36,13 (40,14) Mill. Reichsmark Haftsummen zurück. Der Reingewinn stieg bei um rund 100 Mill. Reichsmark gestiegenem Umsatz von 152 000 auf 268 992 M, die 3,49 Mill. Reichsmark Geschäftsanteile erhalten 6 v. H. Dividende. Im Vorjahre wurden 8 v. H. verteilt.

Rehler Hafenerverkehr. Im Laufe des Monats April kamen im Rehler Rheinhafen insgesamt 262 Schiffe mit 76 408 Tonnen Ladung an. In der gleichen Zeit gingen einschließlich der Leerfähne 260 Schiffe mit 25 603 Tonnen Ladung ab. Der Gesamtumschlag belief sich also auf 522 Schiffe mit 102 011 Tonnen Ladung.

Abstufung der bayerischen Großkraftwerke. Die Bayernwerk AG, in München konnte in ihrem am 30. September 1930 abgelaufenen Geschäftsjahre ihren gesamten Stromumsatz auf 879 Mill. Kilowattstunden gegenüber 840 Mill. Kilowattstunden im Vorjahre steigern. Ohne den Eigenverbrauch der Kraftwerke belief sich die gesamte Erzeugung einschl. Fremdstrombezuges auf 665 Mill. Kilowattstunden gegenüber 643 Mill. Kilowattstunden, hat also eine Zunahme um 3,4 Proz. erfahren. Das Bayernwerk bemerkt aber, daß im laufenden Geschäftsjahre der Stromabsatz infolge der schlechten Wirtschaftslage sich in unerwartetem Umfang vermindert hat und daß der Rückgang in den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres rund 20 Proz. beträgt. Auch die Waldenerwerk AG hebt hervor, daß die Aussichten für das laufende Geschäftsjahre infolge der allgemein schlechten Wirtschaftslage

nicht als günstig zu bezeichnen sind. Die Mittlere Ikar AG. teilt den Abschluß des Gesamtjahres des Kraftwerkes, der im Jahre 1919 begonnen worden war, mit. Damit ist das Ziel erreicht, die Wasserkraft der mittleren Ikar zwischen München und Mühldorf einseitig auszunutzen. Bei einem Reingewinn für die Bahnerwerf AG. von 435 573 RM (370 674 Reichsmark), für die Badische Ikar AG. von 223 576 RM (261 000 RM) und für die Mittlere Ikar AG. von 750 528 RM (513 013 RM) wird für alle drei Gesellschaften eine Dividende von 4 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahr vorgeschlagen.

### Aus der Landeshauptstadt

**70. Geburtstag.** Am heutigen Mittwoch, den 13. Mai, vollendete Gymnasialdirektor a. D. Prof. Dr. Emil Wolf in Karlsruhe sein 70. Lebensjahr. Hunderte seiner Schüler werden sich an diesem Tage des beliebten und hochverehrten Lehrers erinnern. 40 Jahre hindurch war Dr. Wolf an verschiedenen Lehranstalten des badischen Landes mit großem Erfolg tätig, so in Durlach, Forzheim, Gernsbach, Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Bruchsal, wo er zuletzt als Direktor des dortigen Gymnasiums von 1915 bis zu seiner 1924 erfolgten Zuruücksetzung tätig war. Auf dem Gebiet der klassischen Philologie widmete sich Direktor Dr. Wolf mit besonderer Liebe der griechischen Sprache und ist hier auch literarisch hervorgetreten.

**Französischer Vortrag bei der Oberpostdirektion.** Es ist erfreulich festzustellen, daß die Oberpostdirektion Karlsruhe als Grenzlandbehörde auch für die fremdsprachliche Ausbildung ihrer Beamten sorgt. Sprachlehrer Wehmüller, der seinerzeit als Dolmetscher bei der Friedensdelegation in Paris wirkte, und seit mehreren Jahren während des Winterhalbjahres einen französischen Sprachkurs bei der O.P.D. leitet, sprach dieser Tage unter Vorführung eines reichen Bildmaterial, in fließendem, klaren Französisch über „Das heutige Frankreich und die Franzosen“. Meisterhaft löste der Redner die schwierige Aufgabe, von Paris ausgehend, im Fluge durch die Departements und größeren Städte Frankreichs ziehend, alles Wissenswerte über französische Geschichte, Politik, Kunst und Literatur zu berichten. Die Anwesenden, welche den Vortrag in lautloser Stille, mit größter Spannung verfolgten, bekundeten durch herzlichen, langanhaltenden Beifall, daß sie eine angenehme und lehrreiche Stunde erlebt hatten.

**Das Karlsruher Flugzeugunglück.** Wie der Bad. Pfälz. Luftfahrtverein zu dem Flugzeugunfall am Samstag mitteilt, kommen dabei Materialfehler oder Bitterungsbeeinflüsse nicht in Frage. Man hofft, die schwerverletzten Flieger Gruber, Ritscherle und Wittmann am Leben zu erhalten, um so mehr, als in ihrem Befinden eine kleine Besserung zu verzeichnen ist. Wittmann hat u. a. einen Schädelbruch erlitten.

**Politische Ansammlungen.** Auch in den Abendstunden des Dienstag kam es wieder zu größeren Ansammlungen politischen Charakters in der Kaiserstraße und der Altstadt. Die Polizei wurde wiederholt eingesetzt, um die Demonstrationen zu zerstreuen. Mehrere Personen, die sich den polizeilichen Anforderungen widersetzen, wurden festgenommen.

**2000 RM Schaden hat die Schlägerei im Bürgerauschüßungsraum verursacht.** Eine genaue Befichtigung des Saales ergab, daß die meisten Stühle zerbrochen oder stark beschädigt sind. Der Kronleuchter ist ebenfalls stark beschädigt, eine der großen Wuhenscheiben ist zertrümmert und sogar das berühmte Gemälde des Karlsruher Malers Professor Bühler „Der Traum des Markgrafen“, das die Gründung unserer Stadt veranschaulicht, wurde von einem Wurfgeschloß durchstoßen. Der Gesamtschaden beläuft sich auf rund 2000 RM.

### Eröffnungsvorstellung des Zirkus Gleich

Wie alljährlich kann auch jetzt wieder Karlsruhe seine zirkusartige Sensation erleben und genießen. Ja, außer den Premierenbesuchern werden es zweifelsohne noch recht viele sein, die um des artistischen Reizes willen hinaus zum Mehlplatz wandern, wo augenblicklich der Zirkus Gleich seine Feste aufgeschlagen hat. Auch ein Großunternehmen und schon bewundernswürdig in der imposanten Gesamtanlage, die da über Nacht entstand. Aber nicht minder reifemäßig und jeder Konkurrenz gewachsen durch seine erstklassigen Darbietungen. Die Punkte dürften wohl unumwiderprochen die Tierdressuren bilden, seien es nun das in Massen vorgeführte, zum Teil sehr edle Pferdmaterial oder die Raubtierjagd, die aus Eisbären und Löwen besteht. Aber auch die eigentliche Akrobatik kommt, wie es sich für einen richtigen Zirkus gehört, nicht zu kurz, und sehr mannigfaltig ist außerdem das Ballettgewirr, das zwischen durch in besonders charakteristischen Nummern auftritt. Oftmals weiß das Auge überhaupt nicht, wo es auf dem bald ringförmigen, bald zur dreieckigen Arena erweiterten Schauplatz hinsehen soll, und ebenso wird das Ohr entweder von der einen oder anderen Militärmusik in Anspruch genommen, die sich beide schon zu Anfang zu einem glänzenden disziplinierten Großorchester vereinigt hatten. Jedenfalls dirigiert Direktor Jul. Gleich, dem das Publikum sofort bei seinem ersten Erscheinen inmitten seiner zahlreichen Künstler begeistert zujubelte, die einzelnen Attraktionen so üppig, daß wohl jeder voll auf seine Rechnung kommt. Der langandauernde Schlußbeifall, der nach der tollsten aller Szenen, nach der kaum zu übertrumpfenden Überraschung „Das lebende Gefloß“ einsetzte, bestätigte mehr als weitere Worte die Zufriedenheit aller Zuschauer.

**Zum Johann-Strauß-Konzert.** Von dem Aufenthalt Johann Strauß in London, der bekanntlich mit einem Triumph des Wiener Walzers in der englischen Hauptstadt verbunden war, wird jetzt nachträglich in der englischen Presse eine Anekdote erzählt: Der Prinz von Wales lud, da er an einem Abend seine Abreise, ebenfalls den Strauß-Wall zu besuchen, wegen einer Abhaltung aufgeben mußte, Strauß zu sich in den St. James-Palast ein, wo auch Prinz Georg anwesend war. Auf Verlangen des Prinzen spielte Strauß alte und neue Wiener Walzer auf dem Klavier, wobei der Prinz von Wales bemerkte, daß der Walzer der einzige Tanz sei, der wirklich „etwas in sich habe“. Lady Burnes, die sich gleichfalls in der Gesellschaft befand, fragte nun, wie man in Wien den Walzer tanze. Strauß zeigte ihr den Unterschied in der Haltung gegenüber jener, die in England üblich ist. Da setzte sich der Prinz spontan am Klavier und spielte ein paar Walzer, damit Strauß mit Lady Burnes den Walzer „demonstrieren könne“. Beim Fortgehen lud der Prinz den Dirigenten ein, nochmals nach dem St. James-Palast zu kommen, dann aber sein ganzes Orchester mitzubringen. Zum Johann-Strauß-Gastspiel am 15. Mai im großen Festhallsaal sind Karten zu haben in der Rustalienhandlung und Konzertdirektion Frik Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, Telefon 388.

**Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwoch morgen.** Die Wetterlage hat sich für unser Gebiet nicht wesentlich geändert. Wettervorhersage für Donnerstag: Fortdauer des bestehenden Bitterungscharakters, vorübergehend leicht bewölkt.

**Wasserstände:** Badshut 314 und, Basel 120 minus 4, Schutterinsel 185 minus 5, Rhei 321 minus 1, Mainz 510 minus 4, Mannheim 458 minus 15, Raab über 200.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**Der Fall Lewita und die „Badische Volkszeitung“**  
Baden-Baden, 12. Mai. Die „Badische Volkszeitung“ veröffentlicht eine Erklärung, wonach zwischen Zentrumsparlei und dem ihr nahestehenden Blatt im Zusammenhang mit der Lewita-Angelegenheit ein Trennungstried gezogen worden ist. In dieser Erklärung heißt es u. a.: „Wie wir hören, ist auf Betreiben der derzeitigen Leitung der Ortsgruppe Baden-Baden der Badischen Zentrumsparlei im Zusammenhang mit den satzungsmäßig bekannten Vorkommnissen der letzten Tagungen unserer Zeitung der Charakter als Organ der Badischen Zentrumsparlei abgeprochen worden. Wir geben dies unseren Lesern und der ganzen Bevölkerung zur Kenntnis. Gleichzeitig hat mit dem heutigen Tage der Redakteur Josef Wellenreuther sein Amt bei der „Badischen Volkszeitung“ niedergelegt. Damit ist nach jeder Richtung hin sowohl für uns als auch für die hiesige Ortsgruppe des Zentrums klare Bahn geschaffen worden.“

**D.3. Mastatt, 9. Mai.** Als Nachfolger des verstorbenen Kirchenrats Speyerer wurde Stadtpfarrer Schleis aus Zimmendingen zum Pfarrer der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde gewählt.

**W.D. Freiburg i. Br., 12. Mai.** Am Mittwoch den 13. Mai feiert Eugenien Wirklicher Geheimer Rat Dr. Christian Räumler, Ehrenbürger der Stadt Freiburg i. Br., in körperlicher und geistiger Frische seinen 95. Geburtstag. Dr. Räumler war langjähriger Direktor der Freiburger Medizinischen Klinik und Professor für innere Medizin an der Universität Freiburg.

**D.3. Freiburg i. Br., 12. Mai.** Bei dem von den Nationalsozialisten am vorigen Donnerstag veranstalteten Umzug kam es bekanntlich an mehreren Stellen der Stadt zu Tätlichkeiten zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten. Ein 25jähriger Schüler Stefan Geiser, der als überführt angesehen wird, auf mehrere Zugteilnehmer mit einem Latenstück eingeschlagen zu haben, wurde vom Schnellrichter des hiesigen Amtsgerichts zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte hat auf Berufung gegen das Urteil verzichtet und die Strafe angenommen. Er gehört der kommunistischen Partei an.

**W.D. Ruchbach (bei Triberg), 12. Mai.** Der fast 100 Meter über dem Meer, auf dem Wege von Triberg über die Geulche zum Stöckelwaldturn gelegene, zur Gemartung Ruchbach gehörige Hof der Hofbesitzerfamilien Keiner-Schneider unweit der alten Ruchbachkapelle, geriet aus noch unbekannter Ursache ins Brennen und wurde bis auf die Grundmauern eingestürzt. Die Ruchbachs konnten zum großen Teil gerettet werden. Ebenso konnte das Vieh in Sicherheit gebracht werden. Das Gebäude war mit 132 000 RM versichert, die Ruchbachs mit 15 000 RM.

**D.3. Döggingen (Amt Donaueschingen), 13. Mai.** Gestern abend wurde das von dem Wegger Franz Weizmann bewohnte Wohn- und Ökonomiegebäude des Wolf Hauser, das Hausermann heute zwangsweise räumen sollte, ein Opfer der Flammen. Die 20 Jahre alte Tochter Marie sowie der Wegger Weizmann und seine Frau wurden unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen. Die Tochter hat bereits ein Geständnis abgelegt, den Brand gelegt zu haben. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf 8000 RM.

**D.3. Säckingen, 10. Mai.** In einer kurzen einfachen Feier wurde gestern vormittag die Eröffnung des Städtischen Krankenhauserweiterungsbauces vorgenommen. Bürgermeister Krüger dankte allen, die am Mitgelien des Krankenhauserweiterungsbauces tätig waren, vor allem dem Fabrikanten Mutter, und den Eheleuten Gersbach, durch deren Spenden der Krankenhauserweiterungsbau möglich geworden ist.

### Urteil.

J. Str.-G.  
gegen

Karl Pfäumer aus Neuenberg  
wegen Beleidigung.

hat die Große Strafkammer des Landgerichts Mannheim am 19. Dezember 1930

zu Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung des Ministers Dr. Memmele in Karlsruhe (. . .) zu einer Geldstrafe von 2000 RM, an deren Stelle im Falle der Unbeibringung eine Gefängnisstrafe von einem Monat tritt, verurteilt. R. 454

Dem Minister Dr. Memmele wird die Befugnis zugesprochen, binnen zwei Monaten nach Rechtskraft den verfügenden Teil des Urteils, soweit es die gegen ihn gerichtete Beleidigung betrifft, durch einmaliges Einrücken in den Zeitungen „Der Führer“ in Karlsruhe, „Karlsruher Zeitung“ und „Volksstimme“ in Mannheim auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekannt zu machen.

Die Richtigkeit vorstehender Abschrift beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Das Urteil ist am 24. März 1931 rechtskräftig geworden.

Mannheim, den 16. April 1931.

Der Urteilsbeamte:

gez. Unterschrift.

Dieses Urteil wird hierdurch namens des Nebenklägers Dr. Memmele veröffentlicht.

Der Vertreter des Nebenklägers:

Dr. R a g m a n n,

Rechtsanwalt.

### Bereibung von Bauarbeiten.

Zur Erstellung eines Posthaus-Neubaus hat die Stadtgemeinde Ruchbach folgende Arbeiten zu vergeben:

1. Ge- und Entwässerung (Installationsarbeiten).
2. Elektrische Beleuchtungsanlage usw.
3. Innere Verputzarbeiten.
4. Tischler-, Schlosser- u. Glaserarbeiten (Fenster).

Zeichnungen, Arbeitsauszüge und Bedingungen liegen vorm. von 10 bis 12 Uhr und nachm. von 2 bis 4 Uhr bei dem unterzeichneten Bauleiter zur Einsicht auf, woselbst auch Angebotsentwürfe, d. h. solange Vorrat, gegen Kostenerfah erhältlich sind.

Die Angebote sind verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens den 18. Mai 1931, vormittags 11 Uhr beim Bürgermeisterei einzureichen, wo auch gleichzeitig die Öffnung der eingekommenen Angebote in Gegenwart der erschienenen Unternehmer stattfindet.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Ruchbach, den 9. Mai 1931.

Der Bankherr:

Gemeinderat.

Der Bauleiter:

Job. W. Leh, Baumeister.

### 17. Volkswohl-Lotterie

gezogen 15. bis 22. April 1931.

Von rubr. Lotterie, von der das in Baden genehmigte Losquantum dem staatlichen Lotterieleitender Geringer in Forzheim zum Generalbetrieb übertragen war, sind folgende Losnummern mit Gewinnen gezogen worden:

R. 188

Gewinne im Werte von 10 RM: Nr. 441 844.

Gewinne im Werte von 5 RM: Nr. 62 041, 64 107, 268, 131 091, 92, 145, 485, 190 447, 298 809, 981, 320 023, 265, 314, 441 318, 60, 517, 801, 38, 576 028, 577 421, 607 984, 698 630, 943, 714 798, 729 301, 73, 861 339, 417.

Gewinne im Werte von 2 RM: Nr. 646, 80, 708, 12, 1269, 364, 448, 548, 621, 96, 789, 843, 62 905, 9, 49, 64 174, 131 025, 45, 94, 140, 65, 69, 232, 70, 96, 808, 26, 70, 71, 413, 15, 93, 533, 57, 99, 298 365, 74, 418, 95, 524, 690 770 984, 93, 98, 320 040, 100, 202, 25, 37, 85, 310, 63, 405, 514, 29, 617, 384 630, 33, 57, 64, 335 724, 45, 94, 97, 98, 819, 28, 93, 441 345, 420, 27, 63, 546, 51, 64, 82, 643, 60, 80, 734, 45, 51, 90, 91, 856, 915, 497 711, 30, 67, 71, 836, 68, 70, 577 310, 57, 414, 95, 605 310, 31, 51, 46, 65, 80, 415, 29, 60, 69, 607 515, 18, 62, 82, 983, 90, 693 307, 10, 31, 52, 572, 88, 611, 31, 38, 42, 57, 59, 80, 81, 768, 59, 807, 23, 24, 31, 34, 53, 79, 82, 908, 15, 38, 41, 49, 55, 714 537, 67, 649, 74, 752, 69, 894, 729 306, 13, 467, 514, 49, 54, 94, 99, 861 989, 437.

Doppellose erhalten 2 Gewinne im gleichen Werte!

### PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER  
DOSENHEIM A. S. BRUNNEN  
LIEFERT AUSSCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

### STRASSENBAU-MATERIAL

Karlsruhe, A. 737

Güterrechtsregistereinträge.

1. Zu Band II, Seite 96:

Hierander Ludwig, Maler-

meister, Karlsruhe und

Marie Therese Karoline,

geb. Kling, Vertrag vom

24. März 1931: Güter-

trennung, 5. Mai 1931.

2. Seite 97: Vatta Paul, Kaufmann, Karlsruhe und Emma Karoline, geb. Sieber, Vertrag vom 8. Jan. 1931: Gütertrennung, 6. Mai 1931. Amtsgericht Karlsruhe.



### Badisches Landestheater

Donnerstag, 14. Mai 1931

\*D 26 (Donnerstagnette).

Th.-Gem. 301-400

### Der Rosenkavalier

Von Richard Strauß

Dirigent: Krips

Regie: Dr. Baag

Druck G. Braun, Karlsruhe.

### Mitwirkende:

Blant, Franz, Fischbach, Haberhorn, Jan, Ladner, Geibertlich, Winter, Bauer, Hellmuth, Molschmann, Fürsthenau, J. Gröbinger, Kainbach, Kiefer, Böser, Rentwig, Derner, Schuster, Arras, Dose, Frohmann, G. Gröbinger, Kleinbus, Lindemann, Rager, Meyer, Nagel, Klugin, Ribinius, Schmitt

Anfang 18 1/2, Ende geg. 22

Preise D (1-8 RM)

Freitag, den 15. Mai 1931

\*F 25 (Freitagmiete)

Th.-Gem. 1-100

### Undine

Von Lorping

Dirigent: Schwarz

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Blant, Haberhorn, Reich,

Dörich, Hopsch, Kiefer,

Rentwig, Ritsch, Schoepflin,

Schuster, Schmitt

Anfang 20 Ende 22 1/2

Preise C (1-7 RM)

Sa. 16. 5. Neu einstu-

biert: Julius Cäsar. So.

17. 5. nachmittags: Meine

Schwester und ich; abds.:

Viktoria und ihr Hufar-

Im Konzerthaus: Keine

Vorstellung.

### Im Städt. Konzerthaus

Donnerstag, 14. Mai 1931

### Meine Frau, das Fräulein

Operetten-Schwanz

von Herlet

Musik von Beutten

Dirigent: Keilberth

Regie: Perz

Mitwirkende:

Jan, Rihoff, Ademacher,

Brand, Göder, Just, Kloeble,

Wegner, Müller, Prüter

Anfang 19 1/2 Ende 23

I. Parkett 3,50 RM

### Städt. Sparkasse Bruchsal

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	25 192,30	Spareinlagen	5 572 113,66
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassen	388 525,91	Aufwertungs-	
Bertpapiere	872 251,09	Abrechnungsfonds	1 389 201,48
Wechsel	165 001,24	Giro- und Kontokorrent-	
Darlehen auf Hypotheken	4 077 093,05	einlagen	529 974,04
Darlehen in lfd. Rechnung an Privat	1 480 345,83	Sonstige Einlagen	236,437,90
Darlehen auf Schuldschein	135 898,85	Rücklagen:	
Darlehen an Gemeinden	496 160,-	geseh. Reservefonds	212 799,15
Einnahmerückstände	107 115,61	Reingewinn 1930	65 858,75
Grundstücke und Gebäude	301 601,-		
Gerätschaften	7 200,-		
	8 056 384,88		8 056 384,88

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 6 063 242,- RM Einlagen . . . = 303 162,10 RM

Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 . . . = 278 657,90 RM

Somit iweniger . . . 24 504,20 RM

Bruchsal, den 7. Mai 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:

Dr. Reister.

Der Geschäftsführer:

Sommer.